



4. Berliner Rede zur Freiheit am Brandenburger Tor

Paul Nolte:
„Freiheit in der Bürgergesellschaft“

21. April 2010

Herausgeber
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam

Verantwortlich
Redaktion der Freiheit
Reinhardtstraße 12
10117 Berlin
Telefon: 030.28 87 78-51
Telefax: 030.28 87 78-49
presse@freiheit.org

Gesamtherstellung
COMDOK GmbH
Büro Berlin

2010

4. Berliner Rede zur Freiheit

am Brandenburger Tor

**Paul Nolte:
„Freiheit in der Bürgergesellschaft“**

21. April 2010

Inhalt

Dr. Katrin Burkhardt Grußwort	5
Dr. Wolfgang Gerhardt MdB Eröffnung	8
Prof. Dr. Paul Nolte „Freiheit in der Bürgergesellschaft“	12

Dr. Katrin Burkhardt

Grußwort

Im Namen der Allianz SE darf ich Sie herzlich in der Hauptstadtrepräsentanz der Allianz willkommen heißen. Mein Name ist Katrin Burkhardt und ich bin die Leiterin der Repräsentanz.

Zum vierten Mal findet heute die Berliner Rede zur Freiheit am Brandenburger Tor statt, und wir freuen uns, dass wir zum dritten Mal Gastgeber dieser wichtigen Veranstaltung sein können.

Und der Ort ist für diesen Anlass von der Friedrich Naumann-Stiftung als Veranstalter der Berliner Rede zur Freiheit mit Bedacht gewählt, gilt das Brandenburger Tor doch bis heute weltweit als das eindrücklichste Symbol der wiedergewonnenen Freiheit einer ehemals geteilten Stadt im wiedervereinten Deutschland.

So fand am 9. November des vergangenen Jahres, als sich der Fall der Mauer zum 20. Mal jährte, auch der große Empfang für viele internationale Ehrengäste im Anschluss an die offiziellen Feierlichkeiten am Brandenburger Tor hier in unserem Haus am Pariser Platz statt.

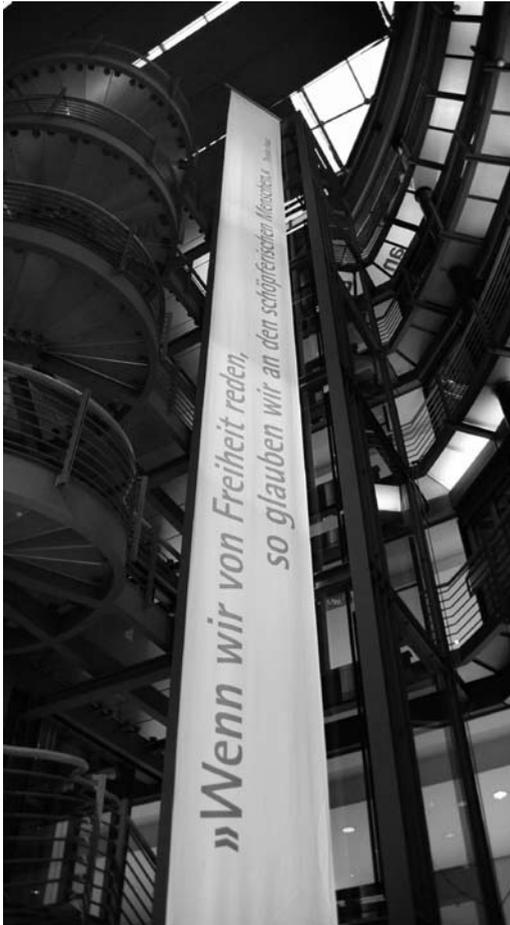
Wir freuen uns, dass wir an diesem geschichtsträchtigen Ort heute nun den Historiker Paul Nolte begrüßen können, der in diesem Jahr die Berliner Rede zur Freiheit halten wird.

Paul Nolte, der an der Freien Universität Berlin lehrt, hat sich als Publizist und Vertreter einer nachwachsenden Generation von Hochschulprofessoren einen Namen gemacht. Er ist schon in jungen Jahren zu einem bemerkenswerten Stichwortgeber des öffentlichen und damit natürlich auch des politischen Diskurses avanciert. Dabei ist er auch Konflikten nicht aus dem Weg gegangen und hat in der Debatte darüber, wie Politik und Zivilgesellschaft mit den Herausforderungen der Gegenwart



umzugehen haben, vor allem mit den Titeln wie „Generation Reform“ und „Riskante Moderne“ einige interessante Akzente gesetzt.

Während Joachim Gauck, der Gastredner der Veranstaltung des vergangenen Jahres, vor dem Hintergrund seiner persönlichen Erfahrungen in der DDR und seiner Tätigkeit als Leiter der damals nach ihm benannten Behörde noch einmal einen Blick zurück warf, wird der Historiker Paul Nolte heute bei seinem Vortrag über die „Freiheit in der Bürgergesellschaft“ sicher auch in die Zukunft schauen – eine für einen Historiker eher ungewohnte Blickrichtung.



„Wenn wir von Freiheit reden, so glauben wir an den schöpferischen Menschen.“ (Theodor Heuss)

Man darf gespannt sein, ob Prof. Nolte, der die traditionelle Fixierung aller Reflexionen über Freiheit und Staat immer eher als störend empfand, in seinem Vortrag den Versuch einer Neubestimmung des Freiheitsbegriffs in der modernen Zivilgesellschaft unternehmen wird.

Vor allem Stiftungen sind beispielgebend für eine Form des bürgerschaftlichen Engagements, das angesichts knapper werdender öffentlicher Mittel immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Damit übergebe ich das Wort an den Vorsitzenden der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die der Ausrichter der heutigen Veranstaltung hier im Allianz-Stiftungsforum ist, und begrüße ganz herzlich Herrn Dr. Wolfgang Gerhardt.

Nach der Veranstaltung sind Sie wieder zu einem kleinen Empfang in das Staffelngeschoss unseres Hauses eingeladen, um beim di-

rekten Blick auf die Quadriga des Brandenburger Tores die Veranstaltung mit persönlichen Gesprächen ausklingen zu lassen. Und nun freue ich mich gemeinsam mit Ihnen auf den Vortrag von Herrn Prof. Nolte und übergebe zunächst das Wort an Herrn Dr. Gerhardt.



Dr. Wolfgang Gerhardt MdB

Eröffnung

Meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen, Frau Dr. Burkhardt, für die Gastfreundschaft, die sie uns an vertrautem Ort hier im Allianz-Stiftungsforum auch in diesem Jahr wieder gewähren, und begrüße Sie, meine Damen und Herren, zur Berliner Rede zur Freiheit, die im vierten Jahr Tradition geworden ist.

Sie gehört zu jenen öffentlichen Visitenkarten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die ein größeres Publikum mit dem Ziel und den Inhalten unserer Arbeit vertraut machen sollen und die zugleich eine Atmosphäre des „intellektuellen Vergnügens“ vor allem durch die Persönlichkeiten hervorbringen, die wir einladen, zu uns zu sprechen.

Die „charmes of liberty“, die nach Dahrendorf die Geburtsstunde freiheitlicher Gesellschaften oft umwehen, wehen nicht jeden Tag. Immer und immer wieder sind die freien Gesellschaften darauf verwiesen, aus sich selbst ein Bewusstsein für die Freiheit zu erzeugen. Seit dem Zusammenbruch des Sozialismus und dem Verschwinden des Eisernen Vorhangs, der Europa und die Welt teilte, hilft ihnen dabei keine äußere Konfrontation mehr. Sie müssen sich mehr denn je selbst vergewissern.

Verlässliche demokratische Strukturen haben sich noch nicht überall durchgesetzt. Die Freiheit ist noch nicht gewonnen. Es gibt auf der Welt Gesellschaften, die sich geradezu im freien Fall befinden. Es gibt Varianten des Fundamentalismus und gewaltige Probleme bei der Modernisierung. Es gibt Newcomer, es gibt Staaten mit eigenwilligem Verhalten im Netz internationaler Beziehungen. Es gibt Repression, Pressezensur, Verweigerung der Menschenrechte. Es gibt in vielen Ländern neue Unverträglichkeiten und gewaltigen ethnischen Binnenzirkus. An wiederum anderen Orten werden ganz alte Landkarten neu aufgeschlagen.

Krisen kommen nicht sauber und geordnet nacheinander. Viele haben eine lange Inkubationszeit, manches kann sich zu einer gefährlichen Chemie entwickeln. Den Deutschen, die sich immer völkerrechtlich geordnete Verhältnisse wünschen und im Übrigen in der Zeit der Viermächteverantwortung ganz dankbar waren, dass sich um die Probleme der Welt andere kümmern, macht das zu schaffen, denn leider will sich die Wirklichkeit nicht immer so entwickeln, wie das vielen Menschen wünschenswert erscheint.

Deutschland hat die freiheitlichste Verfassung seiner Geschichte. Deutschland ist ein Land mit großen Potenzialen. Wissen ist unsere unerschöpfliche Ressource. Freiheit, Demokratie, soziale Marktwirtschaft sind die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Wohlstandes. Internationale Orientierung mit einem vereinigten Europa und Verantwortungsbewusstsein im atlantischen Bündnis sind die zentralen Elemente unserer Staatsräson. Die Bundesrepublik Deutschland ist eine gewachsene stabile Demokratie. Es steht kein Diktator vor der Tür.

Es gibt aber moderne Gefährdungen von Freiheit, gegen die ein waches Bewusstsein entwickelt werden muss. Die Angst vor der Störung gewohnter Wohlstands-



Prof. Dr. Paul Nolte, Nolttes Ehefrau Prof. Dr. Monika Wienfort, Bundespräsident a.D. Walter Scheel, Barbara Scheel (v. r. n. l.)

garantien macht eine Gesellschaft nicht freiheitlich. Gerechte Verhältnisse nur in ungestörtem Wachstum zu sehen – das ist keine tief verankerte Freiheitsempfindung. Freiheit wird eher als unbequem empfunden. Es fehlt vielerorts die Bereitschaft, zwischen der Aufrechterhaltung eines sozialen Sicherheitsanspruches an den Staat und eigener Verantwortung zur Erhaltung der Freiheit neu zu disponieren. Freiheit und persönliche Verantwortung sind aber zwei Seiten einer Medaille, ohne die eine Bürgergesellschaft nicht leben kann. Persönliche Freiheit heißt, selbst entscheiden zu können, aber auch selbst entscheiden zu wollen, einschließlich des Risikos, auch scheitern zu können. Eine Gesellschaft, die sich einseitig zulasten Dritter vor dem Scheitern bewahren will, gefährdet sich selbst.

Parlamente und Recht, föderativer Staatsaufbau und Marktwirtschaft, das ist nicht schon die Sache selbst. Was zur Sicherung der Freiheit hinzukommen muss, sind Überzeugungen und ein Bewusstsein für Institutionen und Regeln. Ein Bekenntnis zur Vernunft, eine Haltung mit Weitsicht, persönliche Qualität und Verlässlichkeit, Kraft zur Toleranz und Gesetzestreue und Fairness im Umgang miteinander. Bürger wird man nicht allein durch Geburt oder durch Rechte, sondern durch Werte und Haltungen. Es gibt Grundbestände der Zivilisation die nicht dem Amüsierbetrieb preisgegeben werden dürfen.

Wie Freiheit dauerhafter werden kann, damit sie auch hinreichend Kraft in schwierigen wirtschaftlichen und politischen Krisenlagen hervorbringen kann, das ist außerordentlich wichtig. Das Bewusstsein dafür ist in Deutschland nicht übermäßig stark ausgeprägt. Viele Menschen zweifeln und verzweifeln an der Politik. Sie ist in ihren Augen nicht mehr Teil der Lösung, sondern Kern des Problems. Aber auch viele Bürger verlangen leider von sich selbst äußerst wenig und von der Politik oft geradezu alles. Selbstabsolution durch Legitimationsdruck auf andere führt aber eher zum bevormundeten und betreuten Untertan, weniger zum verantwortlichen Bürger. Nicht er, der verwaltete Mensch, sondern die freie Entfaltung der Persönlichkeit im Geist unseres Grundgesetzes muss wieder zum Credo von Gesellschaft und Politik werden.

Freiheit darf dabei nicht metallisch klingen. Der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit geht es in ihren Anstrengungen zur politischen Bildung um die kulturelle Gestalt einer freiheitlichen Bürgergesellschaft, um zivile Qualität, ökonomische Kompetenz und soziale Sicherheit. Nur so kann ein Selbstvertrauen entstehen, das zu der ewigen deutschen Orientierung an Obrigkeit und Staat eigenes Gewicht setzt.

Die Kultur der Freiheit, so schrieb John Stuart Mill, braucht unverzichtbare Voraussetzungen in Menschen, die Freiheit lieben, die Rechtschaffenheit achten und ihre Kultur mit dem eigenen Lebensentwurf in die Zukunft hineinbringen. Sie sind die unverzichtbaren Citizens freier Gesellschaften.

Ich habe anfangs auf die vierte Berliner Rede zur Freiheit hingewiesen. Nach Udo Di Fabio, Heinrich Winkler und Joachim Gauck begrüßen wir 2010 den Historiker und Publizisten Prof. Dr. Paul Nolte und heißen ihn herzlich willkommen.

Herr Professor Nolte, wir danken Ihnen für die Bereitschaft, zu uns zu sprechen. Wir sind in gespannter Erwartung. Sie haben das Wort.



Großes Interesse an der Veranstaltung

Prof. Dr. Paul Nolte

„Freiheit in der Bürgergesellschaft“



Sehr geehrte Frau Burkhardt,
sehr geehrter Herr Gerhardt,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich danke Ihnen, Frau Burkhardt, für die Gastfreundschaft in diesem Hause. Und ich danke Ihnen, Herr Gerhardt, und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, für die ehrenvolle Einladung, heute die vierte Berliner Rede zur Freiheit zu halten. Man schaut dann natürlich sofort, wer der erste bis dritte Redner waren, und da ist mein Respekt vor der heutigen Aufgabe gleich ein ganzes Stück gewachsen.

Die Versuchung ist groß, für einen solchen Vortrag einen aktuellen Einstieg zu wählen, schon um Ihnen, dem verehrten Publikum, entgegenzukommen und Ihnen den Übergang aus vielerlei Alltagsgeschäften des heutigen Tages in ein doch ziemlich grundsätzliches Thema zu erleichtern. Aber wo sollte ich da anfangen? Einen Kommentar zur gegenwärtigen Berliner Politik nach der Bundestagswahl vom September 2009 möchte ich lieber nicht abgeben, und in den Wirren der steuerpolitischen Auseinandersetzungen mich nicht verheddern. Die Zeitung lesen können Sie ja auch selber. Also packe ich den Stier lieber bei den Hörnern, wie das meine verehrten Vorredner in den letzten Jahren wohl auch schon getan haben, und gehe das grundsätzliche Thema ohne weitere Umschweife an. „Freiheit in der Bürgergesellschaft“ – so heißt mein Vortrag, und da werde ich im dritten Teil auch landen. Aber ein bisschen geht es doch „von hinten durch die Brust ins Auge“.

Zunächst beschäftige ich mich nämlich mit dem, was ich die „große Freiheit“ nennen möchte: jene klassische Freiheit, die uns mit ihrer vielhundertjährigen Ge-

schichte ergriffen macht, auf die wir uns immer wieder, in heroischen Erzählungen von Freiheitskämpfen und Freiheitsverlusten, berufen – und doch nicht mehr ohne Weiteres berufen können. Denn die alte Geschichte von der großen Freiheit, sie ist brüchig geworden und verliert an Überzeugungskraft. Davon handelt mein zweiter Teil: von den Befindlichkeiten und Herausforderungen der Freiheit heute – in einer postheroischen Zeit. Ist den Deutschen die Freiheit heute weniger wichtig als früher? Oder verstehen wir anderes darunter? Freiheit reagiert auf andere Erfahrungen, drückt sich in veränderten Ängsten und Zielvorstellungen aus. An drei Beispielen oder Richtungen der neuen Freiheit werde ich das erläutern und dabei von Chancen ebenso wie von Defiziten und Gefahren sprechen. Die Konsequenzen werden im dritten Teil gezogen: Wir können nicht zurück zu der großen Freiheit – und uns mit den aktuellen Befindlichkeiten der Freiheit nicht zufrieden geben. Deshalb sollten wir ein neues Verständnis von Freiheit als Freiheit in der Bürgergesellschaft entwickeln: unpathetisch und nah an den Erfahrungen, ohne die übertriebene Fixierung auf den Staat und doch nicht unpolitisch. Ich lade Sie ein, mir bei diesem Gedankengang zu folgen.

I. Die große Freiheit

Wir sind stolz darauf, in einer freien Gesellschaft zu leben. Wir haben die Freiheit geschenkt bekommen und ein bisschen auch selber errungen und sind uns einig, diese Freiheit auch verteidigen zu wollen. Die Freiheit ist unser wichtigster Wert. Wenn wir so sprechen und denken, dann ist das unauflöslich verbunden mit historischen Erfahrungen, mit einem Entwurf von der Geschichte der Freiheit, deren Ursprünge zweieinhalbtausend Jahre zurückreichen in die revolutionären Momente der Erfindung von Demokratie im klassischen Griechenland, vor allem in Athen. Die moderne Geschichte der Freiheit, in deren unmittelbarer Kontinuität wir stehen, entfaltet sich seit mehreren hundert Jahren, ausgehend von Westeuropa und Nordamerika. In der Aufklärung und in den großen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts begannen sich die Umrisse jenes Aggregatzustandes der Freiheit abzuzeichnen, in dem wir uns auch am Beginn des 21. Jahrhunderts noch befinden. Monarchische Herrschaft und ständische soziale Ordnung wurden in Zweifel gezogen. Die Menschen sollten als Individuen frei sein in ihrem Willen, in der Gestaltung ihres persönlichen Lebensentwurfes – so würden wir heute sagen – und damit auch in der Gestaltung eines neuartigen politischen Gemeinwesens, einer Republik, einem „Freistaat“, wie das alte deutsche Wort dafür ja lautet.

Die Freiheit ist
unser wichtigster
Wert.

Die wichtigsten Regeln für die Freiheit des Individuums und für ein freies Zusammenleben der Menschen wurden in kompakten Katalogen, in rhetorisch zuge-

spitzten Erklärungen, bald auch in Verfassungsdokumenten formuliert, die bis heute nicht nur, wie die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte in der Französischen Revolution, in den Geschichtsbüchern stehen, sondern auch ihre unmittelbare Gültigkeit bewahrt haben wie die ersten zehn Zusätze zur amerikanischen Verfassung in der „Bill of Rights“ von 1791. Ich muss sagen: Gerade als Historiker finde ich es immer wieder höchst erstaunlich, dass diese Ideen, dass dieses Regelwerk – von ganz normalen Menschen in hoch umkämpften Situationen gestaltet – so lange seine Bedeutung behalten hat, während sich die Welt um diese Regeln herum mehr als nur einmal vollständig gewandelt hat.

Aber wir wissen natürlich: Die Freiheit wurde nicht vor gut 200 Jahren „erfunden“, und damit gut. Sie wurde behauptet – aber war damit noch lange nicht durchgesetzt. Sie galt, erst einmal ganz selbstverständlich, für einige – längst noch nicht für alle: für die Männer, aber nicht für die Frauen; für die besser Gebildeten, für die Vermögenden, für diejenige Minderheit, der man die „Reife“ zur Freiheit zusprach. Daran änderte sich erst langsam etwas, und viele der vermeintlichen „Universalien“ der westlichen Freiheit, an die wir uns wie selbstverständlich gewöhnt haben, sind noch nicht einmal Errungenschaften „des“ 20. Jahrhunderts, sondern seiner zweiten Hälfte oder seines letzten Drittels: so in vielen Ländern die auch nur formale Gleichberechtigung der Geschlechter; so in den Südstaaten der USA die Wiedergewinnung von Bürgerrechten und politischer Freiheit, die den Nachkommen der befreiten Sklaven um 1900 auf brutale Weise wieder entzogen worden waren. Die Geschichte der Freiheit war also kein harmonischer Prozess von Wachstum und allmählicher gedeihlicher Entfaltung, sondern sie ist eine Geschichte der Kämpfe,



Dr. Rolf Berndt, Rainer Brüderle, Bundeswirtschaftsminister, Dr. Hermann Otto Solms MdB, Bundestagsvizepräsident (v. l. n. r.)

der erbitterten Konflikte und enthält Rückschläge und Verluste von einer Art, die den Freiheitsvätern des 18. Jahrhunderts nicht einmal in ihren schlimmsten Alpträumen hätten erscheinen können. Sie reklamierten die Freiheit gegen eine „Despotie“ Georgs III. oder Ludwigs XVI. – und nicht gegen eine totalitäre Diktatur Hitlers oder Stalins.

Im Moment ist diese Geschichte gut ausgegangen, nicht nur für uns Deutsche seit 1945 und 1989, sondern auch in vielen anderen Teilen der Welt – man darf sogar sagen: in größeren Teilen der Welt als jemals zuvor. Wir stehen nicht in elementarer Unfreiheit, nicht im Kampf um die „große Freiheit“ – wir blicken vielmehr auf die Kämpfe um die große Freiheit zurück. Mit „großer Freiheit“ meine ich den Anspruch und den Aggregatzustand, von dem gerade, in ganz wenigen historischen Strichen, die Rede war: die Freiheit des Individuums zu seiner Entfaltung in einem ungestörten privaten Raum, zu selbstbestimmtem Umgang mit Eigentum und Handeln am Markt, zur Gestaltung der politischen Ordnung in einer Demokratie. Auf diese große Freiheit beziehen wir uns gerne in unserer politischen Rhetorik. Wir mahnen zur Erinnerung an die Kämpfe und Rückschläge und appellieren an die Bereitschaft, sie zu verteidigen und aktiv auszufüllen.

Auf diese große Freiheit beziehen wir uns gerne in unserer politischen Rhetorik. Wir mahnen zur Erinnerung an die Kämpfe und Rückschläge und appellieren an die Bereitschaft, sie zu verteidigen und aktiv auszufüllen.

Das tun wir in Deutschland mit besonderer Leidenschaft, auch oft mit einem besonderen Pathos, weil die Geschichte der Freiheit in unserem Land keine einfache und keine strahlende ist. Um die „Verfassung der Freiheit“ – so ein Begriff und eine Sorge des im Juni letzten Jahres verstorbenen großen Liberalen Ralf Dahrendorf – war es in Deutschland lange Zeit nicht besonders gut bestellt. Die Revolution von 1848/49 weckte überall in Mitteleuropa Freiheitsgeister, aber nach vielversprechenden Ansätzen kam eine freiheitliche Verfassung doch nicht zustande. Am Ende des 19. Jahrhunderts konnte das Deutsche Reich starke liberale Parteien vorweisen und eine sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die trotz ihres ideologischen Marxismus als eine der weltgrößten Freiheitsbewegungen gelten konnte. Seine Eliten, und nicht zuletzt ein Großteil der Gebildeten, aber wandten sich von der Idee der Freiheit immer deutlicher ab, denunzierten die Freiheit als etwas „westliches“, das den Deutschen nicht wesensgemäß sei. Die Republik von Weimar fand bei ihnen kaum halbherzige Unterstützung und begegnete vielmehr offener Feindschaft. Begeistert schauten viele, gerade in der jüngeren Generation, in die Zukunft: Die Ära von Liberalismus und Individualismus – war sie nicht mit dem 19. Jahrhundert zu Ende gegangen? Musste man nicht am Bau einer neuen Welt mitwirken, in der die Menschen in einer Gemeinschaft untertauchen und sich einem starken Führer unterordnen konnten?

Der Preis für diese Preisgabe der Freiheit war unendlich hoch, vor allem der Preis, den andere – aus Deutschland Verstoßene und die Nachbarn Deutschlands – zahlen mussten. Umso wertvoller wurde die „große Freiheit“ 1949 mit der Ordnung des westdeutschen Grundgesetzes. Umso bitterer war es, dass 40 Jahre weiterer

Unfreiheit im östlichen Teil Berlins und Deutschlands folgten, bis im Herbst 1989, mit polnischer und ungarischer Hilfe, der Ausgang aus dieser Unmündigkeit gelang. Joachim Gauck hat in seiner Berliner Rede zur Freiheit im vergangenen Jahr, von diesem Platz aus, eindrucksvoll daran erinnert.

Die Gründe für die besonderen Schwierigkeiten der Deutschen im Umgang mit der Freiheit sind seit Langem, in der Bundesrepublik vor allem seit den 1960er-Jahren, Gegenstand intellektueller Anstrengung und intensiver Debatten gewesen. Wiederum könnte man Ralf Dahrendorf als einen der wichtigsten Impulsgeber nennen. In seiner klassisch gewordenen Studie über „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ suchte er die Wurzeln dessen, was man jetzt selbstkritisch die „deutsche Frage“ nannte – die deutsche Frage der Freiheit, nicht der Einheit, wohlgemerkt! – in einer rückständigen und erstarrten Gesellschaft, die sich der modernen Welt, ihrer Bewegung und ihrer Konflikte nicht gestellt, sondern Harmonie und Synthese im Untertanengeist, in der Unterordnung unter eine autoritäre Regierung, gesucht habe. Damit sprach Dahrendorf, wie viele andere zur selben Zeit, die besondere Staatsorientierung der Deutschen an; ihren Unwillen oder ihre Unfähigkeit, auf eigenen Füßen zu stehen, und ihr Bestreben, sich lieber unter die sicheren Fittiche eines sorgenden, aber eben auch paternalistischen, autoritären Staates, und notfalls eines diktatorischen Regimes, zu stellen. Die besonderen deutschen Schwierigkeiten mit der Freiheit im Lichte einer Staatsgesinnung hat vor zwei Jahren die Berliner Rede von Heinrich August Winkler analysiert, und Winkler hat dabei auch die Wurzeln dieser Schwierigkeiten in der deutschen Variante der Reformation, in den politischen Wirkungen des Protestantismus, bis zu seiner Verfestigung im lutherischen Staatskirchentum, kritisch herausgearbeitet.

Damit rückt das Verhältnis von Freiheit und Staat in den Fokus der Aufmerksamkeit. In der Geschichte der „großen Freiheit“ hat diese Beziehung immer eine wichtige Rolle gespielt, wenn auch nicht in allen Ländern, in allen Varianten politischer Kultur der nordatlantischen Gesellschaften gleichermaßen. Sehr stark vereinfacht könnte man vielleicht sagen: In England ist diese Frage seit Langem weniger wichtig, schon weil die Briten gar keinen Staat haben, sondern nur eine Regierung. Für Frankreich gilt Ähnliches, aber unter ganz umgekehrtem Vorzeichen: Unsere westlichen Nachbarn sind kaum weniger etatistisch als wir; ihr Freiheitsbegriff hat eine markante staatliche Komponente – der Staat als Verbürger der Freiheit – und tritt zudem, im Gefolge Rousseaus, häufig gemeinschaftlich und gemeinwohlorientiert auf.

Eine ähnlich intensive Konfliktgeschichte von Staat und Freiheit wie wir Deutschen haben dagegen die Amerikaner. Wie sich ein uralter, wie aus der Kolonial-

zeit entsprungener Freiheitsgeist gegen die vermeintlichen Zumutungen der Zentralregierung stellt, das lässt sich an der gegenwärtigen „Tea Party“-Bewegung in den USA eindrucksvoll ablesen – einschließlich der tiefen Ambivalenz, die dieses „freiheitliche“ Engagement gegen den Staat nicht nur für den sozialen und wohlfahrtsstaatlichen, sondern auch für den liberalen Gehalt einer Gesellschaft hat. Eine solche Konstellation, in der sich (wie schon in den populistischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts) basisdemokratischer Protest und Freiheitsappell mit durchaus reaktionärer Gesinnung verbindet, ist der deutschen politischen Kultur und Geschichte freilich fremd. Dennoch: Auch in Deutschland ist die große Erzählung von der großen Freiheit immer wieder auf den Staat bzw. auf das Verhältnis von Individuum und Staat hin entworfen worden. Und das geschah bis in die jüngere Vergangenheit auch aus sehr gutem Grunde – dafür muss man nur an den hypertrophen und paranoiden Stasi-Staat denken, der die Individuen rigoros eingeschnürt hat und erst vor zwei Jahrzehnten untergegangen ist.

Doch wenn nicht alle Anzeichen täuschen, tun wir uns seit einiger Zeit schwer, unseren Umgang mit der Freiheit noch in produktiver Weise auf die Frage nach dem Staat hin auszurichten. Ich will es noch schärfer formulieren: In der Fixierung auf den Staat droht die Freiheitsdebatte in Deutschland inzwischen in eine Sack-



Dr. Horst Rehberger, Minister a. D., Staatssekretär Ernst Burgbacher MdB (v. l. n. r.)

In der Fixierung auf den Staat droht die Freiheitsdebatte in Deutschland inzwischen in eine Sackgasse zu geraten.

gasse zu geraten. Wir beißen uns in unserer politischen Rhetorik an dieser Stelle fest, ohne dass wir dabei erkennbar neues Land gewinnen. Die Standpunkte scheinen wie festzementiert. Während die einen an Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger appellieren und das mit einer Kritik an einem sich ausdehnenden, vermeintlich allzuständigen Staat verbinden, der zu einer Bedrohung der bürgerlichen Freiheit werde, verteidigen die anderen den Staat als den Garanten einer Freiheit, die auf bürgerliche Gleichheit, auf soziale Gerechtigkeit und soziale Chancen hingedacht wird, und der deshalb keinesfalls in die Schranken gewiesen sondern – im Gegenteil – gestärkt werden müsse. Ich darf vermuten, dass heute abend die meisten von Ihnen eher mit der ersten als mit der zweiten Position sympathisieren. Mir geht es aber um etwas Grundsätzlicheres: Ist unser Reden über die Freiheit in der Ausrichtung auf den Staat, sei er der entscheidende Gegner oder der unverzichtbare Verbündete, überhaupt noch zeitgemäß ausgerichtet?

Gerade die Liberalen müssen sehr achtgeben mit ihrem Credo, der Staat drohe unsere Freiheit, offen oder unmerklich, aufzufressen; er drohe den Bürger zu erdrücken und zu ersticken. Denn da draußen sind „falsche Freunde“, da kursiert eine populistische Variante der Staatskritik, die keineswegs in Liberalismus mündet, sondern in fundamentale Institutionenkritik – und letztlich in Demokratieverachtung. Kurt Sontheimer hat – noch so ein einflussreiches Buch der 60er-Jahre – das „antidemokratische Denken in der Weimarer Republik“ offengelegt, die offenen Angriffe auf die Demokratie im Namen von Führertum und Nation, Volksgemeinschaft und Rasse. Heute artikuliert sich ein ganz anderes „antidemokratisches Denken in der Berliner Republik“, das die Politiker, wenn sie ehrlich sind, nicht mehr im Griff haben. Vorgebliche „Journalisten“ wie ein Thomas Wiczorek, der in seinen Bestsellern wie „Die verblödete Republik“ auf übelste Weise die Demokratie und den Rechtsstaat denunziert, tragen dazu gehörig bei. Diesen Feinden der Freiheit, die unbehelligt ihr Gift ausstreuen, müssen wir endlich entschlossen entgentreten.

Wir haben unsere Probleme mit der „großen Freiheit“ – mehr, als wir bisher einzugestehen bereit sind. Zwar liegt für einen Teil Deutschlands der Ausgang aus der großen Unfreiheit noch nicht lange zurück. Oder gerade deshalb? Joachim Gauck hat mit dem Blick auf die Demokratisierung der ehemaligen DDR von einem „Fremdeln in der offenen Gesellschaft“ gesprochen. Mir scheint aber zweifelhaft, ob es sich hier bloß um ein Übergangsphänomen handelt, das nach einiger Zeit der Gewöhnung an die offene Gesellschaft, und der Würdigung der Freiheit, Platz macht. Denn auch für die ehemals „alte“ Bundesrepublik kann man ohne Weiteres von einem „Fremdeln in der Freiheit“ und mit ihr sprechen. Das ist ein Problem

der Vergangenheit und der Zukunft zugleich. Die moderne Freiheit, wie sie im 18. Jahrhundert entworfen wurde, hat immer in die Zukunft geblickt, gerade weil sie erst so unvollständig verwirklicht war. Freiheit war nicht so sehr ein Zustand, sondern eine Verheißung, die oft umso glühender leuchtete, je ferner das Ziel gerade gerückt war. Aber über verschiedene, komplizierte Etappen erfüllte sich das Kernprogramm der „großen Freiheit“ schließlich doch.

Die Verheißungs- und Erfüllungsphase der Freiheit ist in West- wie in Ostdeutschland vor einigen Jahrzehnten zu Ende gegangen. Seitdem sind wir unsicher: Auf welche Freiheiten, auf welche Freiheitsgewinne warten wir eigentlich noch? Sind wir inzwischen vor allem aufgerufen, das einmal Erreichte, gewissermaßen die Besitzstände der Freiheit, zu verteidigen? An dieser Stelle schlägt die fehlende Zukunft in Erinnerung an die Vergangenheit um. Im Blick auf die gewonnene Fundamentalfreiheit droht unser Freiheitsdiskurs, droht unser Reden über die Freiheit immer mehr zu einer historischen Erinnerungsgeste zu erstarren: der Geste der Erinnerung an die Zeiten der radikalen Unfreiheit, der Diktatur, deren Abstand mit jedem Jahr weiter wächst – und für einen immer kleineren Teil der Bevölkerung unmittelbar, lebensgeschichtlich, noch unmittelbar nachvollziehbar ist.

Zwei Dinge sind also zu konstatieren.

Erstens: Die Staatsproblematik der Freiheit war zweifellos nicht nur eine sehr reale, sondern auch eine oft entscheidende. Wir haben uns aber zu sehr an sie gewöhnt und lassen uns von ihr vereinnahmen, auch da, wo die Konstellationen sich – inmitten einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Staates, inmitten aber auch vielfältiger technologischer, sozialer, kultureller Wandlungen – verändert haben. Paradoxiertweise hat der engagierte Versuch, das besondere deutsche Problem der Freiheit in der bereitwilligen Unterordnung unter den Staat kritisch aufzuarbeiten, diese Ausrichtung des Denkens sogar noch verstärkt, jedenfalls oft nicht grundsätzlich durchbrochen. Freiheit gegen den Staat, Freiheit mit dem Staat – diese Frage darf unser Denken über die Freiheit aber nicht vollständig okkupieren. Wir brauchen einen weiteren Horizont der Freiheit – ein verändertes „framing“ der Freiheit, würden die Wissenschaftler heute sagen.

Freiheit gegen den Staat, Freiheit mit dem Staat – diese Frage darf unser Denken über die Freiheit aber nicht vollständig okkupieren.

Zweitens: Die Freiheitsdebatte droht auch deshalb in eine Sackgasse zu geraten, weil die Sprache der Politik sich von dem Freiheitsverständnis einer breiten Bevölkerung offenbar entfernt hat und weiter zunehmend entfernt. Der Freiheitsbegriff der Eliten und das Freiheitsverständnis des Volkes – um einmal ein eigent-

lich vordemokratisches Gegensatzpaar zu verwenden, aber ich tue das natürlich bewusst – haben sich auseinanderentwickelt und nun oftmals Schwierigkeiten, sich gegenseitig zu verstehen. Das Reden von der „großen Freiheit“, das Pathos der Freiheit, um das sich die Politiker immer wieder bemühen, die Erinnerungsgeste an die große Unfreiheit – all das erweist sich immer mehr als ein stumpfes Schwert in einer fundamental gewandelten Welt, in der die Deutschen Freiheitsgefährdungen nicht primär in einer neuen Diktatur, sondern in ganz unterschiedlichen Herausforderungen des Alltags registrieren, vom Gebrauch des Internets über den privaten Konsum bis zur allgemeinen „Selbstverwirklichung“. Solches Missverständnis, solches Aneinandervorbeireden ist übrigens nicht ganz neu. Im Vormärz und in der Revolution von 1848 forderten die Liberalen emphatisch die „Preßfreiheit“ – also die Pressefreiheit, die Abschaffung der staatlichen Zensur. In den Dörfern, deren Alltag durch die Abhängigkeit von adligen Grundherren bestimmt war, konnte das schon mal als die Freiheit von deren Unterdrückung, von dem „Ausgepresst werden“, ankommen.

Was treibt die Menschen heute um? Welche Herausforderungen der Freiheit hält die Lebenswirklichkeit heute bereit, die in dem großen Gestus der Freiheit nicht



Prof. Dr. Paul Nolte

ohne Weiteres aufgehen? Das ist die Bilanz meines ersten Teils: Die klassische, die heroische Phase der Freiheitsgeschichte ist für uns zu einem vorläufigen Ende gekommen. Das Reden über Freiheit darf nicht zu einer bloßen historischen Geste der Erinnerung an frühere Zeiten der Unfreiheit werden. Wir müssen lernen – auch die Politik muss lernen –, neu und zeitgemäß über die Herausforderungen der Freiheit zu sprechen, wie sie die Menschen heute umtreiben. Wie wir damit umgehen, steht dann noch einmal auf einem anderen Blatt.

Das Reden über Freiheit darf nicht zu einer bloßen historischen Geste der Erinnerung an frühere Zeiten der Unfreiheit werden.

II. Freiheiten heute – Befindlichkeiten und Herausforderungen

Meinungsumfragen in der deutschen Öffentlichkeit bringen seit vielen Jahren Einstellungen zum Vorschein, die aus liberaler und demokratischer Sicht tiefe Besorgnis erregen können. Die Zustimmung zur sozialen Marktwirtschaft ist längst vor der Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten zwei Jahre dramatisch abgesunken. Immer weniger Menschen sind der Überzeugung, die Demokratie sei die beste Regierungsform; und in Ostdeutschland, zwanzig Jahre nach dem Übergang aus der SED-Diktatur in die liberale Demokratie, sind die Zweifel an der Demokratie besonders weit verbreitet. Das Ansehen der Politik – je weiter von der „Basis“ entfernt, desto mehr – ist auf einen Tiefpunkt gesunken, vom Prestige des Politikerberufs einmal ganz zu schweigen. In dieses Bild gehört auch eine Verschiebung grundlegender Wertepreferenzen: Freiheit ist den Deutschen weniger wichtig geworden – einen höheren Rang genießt jetzt häufig die soziale Gleichheit bzw. die soziale Gerechtigkeit, auch wenn man nach der Abwägung zwischen diesen beiden Gütern fragt. Wollen die Deutschen im Zweifelsfall lieber gleich sein und unfrei, als in einer freien Gesellschaft Ungleichheit auszuhalten?

Freiheit ist den Deutschen weniger wichtig geworden – einen höheren Rang genießt jetzt häufig die soziale Gleichheit bzw. die soziale Gerechtigkeit (...)

Mit der Deutung solcher Befunde tun wir uns schwer – und sollten in der Tat damit nicht zu voreilig sein. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte der Freiheit, der besonderen deutschen Schwierigkeiten mit der Freiheit, muss man zweifellos die folgende Erklärung in Erwägung ziehen: Einige Jahrzehnte der „Erziehung zur Freiheit“ unter der Anleitung der westlichen Besatzungsmächte und unter dem Schirm des Grundgesetzes sind möglicherweise immer noch eine zu kurze Zeit gewesen, um Demokratie und Freiheitsliebe so in den Herzen und Köpfen der Menschen zu verankern, dass sie auch „krisenfest“ sind, also sich auch durch die ungünstigeren ökonomischen Fahrwasser nicht beeindrucken lassen, in die wir nicht erst in den letzten Jahren, sondern seit dem Auslaufen des großen Nachkriegsbooms, also im

Grunde seit einer Generation, hineingeraten sind. Kein Engländer oder Amerikaner würde auf die Idee kommen zu denken: Was habe ich eigentlich von der Demokratie, von der Freiheit, wenn ich arm oder arbeitslos bin? Die Deutschen dagegen müssen die Demokratie immer noch mit ihrem ökonomischen und sozialen Output rechtfertigen. Im „Wirtschaftswunder“ haben die Westdeutschen von der NS-Diktatur auf die Demokratie umgelernt; den Ostdeutschen ist Jahrzehnte später der Übergang in die Freiheit mit der Aussicht auf blühende Landschaften versüßt worden. Nun ist tatsächlich unbestreitbar, dass auch Wohlstand und materielle Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern in kurzer Zeit auf ein ganz neues Niveau gehoben wurden. Und wir wissen, dass Demokratien vergleichsweise mehr Wohlstand, auch im Sinne eines breiten „Wohlstands für alle“, bieten als unfreie Ordnungen. Aber können wir sagen, dass wir die Demokratie oder die Freiheit „lieben“, „in guten wie in schlechten Zeiten“?

Gerade in der jüngeren Generation begegnet einem in dieser Frage viel Distanz. Das Pathos der großen Freiheit, wie es die heroische Phase des 19. und 20. Jahrhunderts begleitete – von wem kann es heute noch geteilt werden? Auch die Deutschen waren einmal zu diesem Pathos der Freiheit in der Lage, und das aus gutem Anlass: Eingezwängt im Metternichschen System der Restauration, Zensur und obrigkeitlichen Willkür, beschworen die Liberalen und Demokraten des Vormärz und der 48er-Revolution die Freiheit mit geradezu religiöser Inbrunst. Ziemlich genau hundert Jahre später appellierte der Sozialdemokrat Ernst Reuter am 9. September 1948 vor dem Reichstagsgebäude, nur einen Steinwurf von hier entfernt, an die „Völker der Welt“, und sah einen „Tag der Freiheit“ voraus, den er der Unfreiheit der Nazidiktatur und des sowjetischen Systems mit aller rhetorischen Macht entgegenschleuderte. Wenn man solche Texte heute mit Geschichtsstudenten diskutiert, dann stellt sich ganz überwiegend Befremden ein: Meine Güte, ist das schwülstig! – Aber wir haben ja eine Erklärung: Reuter oder auch der amerikanische Präsident John F. Kennedy fünfzehn Jahre später, sie waren „kalte Krieger“! Die Freiheit also – bloß die aufgeblasene Formel in einem Kampf, der sich längst überlebt hat? Oder noch einmal schärfer: Ist die Freiheit den meisten Deutschen doch eher äußerlich geblieben? Haben die nachwachsenden Generationen die Kleider der „re-education“ wieder abgelegt?

Aber wir sollten, wie gesagt, mit Antworten vorsichtig sein. Sicher hat die Erwartung, nach dem europäischen Umbruch von 1989, nach der Freiheitsrevolution zwischen Baltikum und Balkan, zwischen Moskau und Ostberlin werde die Fahne einer „heroischen Freiheit“ über der neuen Weltordnung wehen, getragen. Stattdessen sind die Menschen skeptischer und nüchterner geworden. Die Freiheit ist rasch selbstverständlich geworden, und deshalb muss man sie – so würden es

wohl die meisten sehen – nicht noch ständig im Munde führen. Der Grat, der die Selbstverständlichkeit der Freiheit von der Gleichgültigkeit gegenüber der Freiheit trennt, mag bisweilen ein sehr schmaler sein. Aber man darf beides auch nicht miteinander verwechseln. Und so sollten wir nicht nur unserer Sorge Ausdruck geben, die Deutschen hätten die Freiheit, entgegen einem zwischenzeitlichen Eindruck der 70er- und 80er-Jahre, nie richtig gelernt oder seien dabei, sie wieder zu verlernen. Etwas mehr Selbstvertrauen in einer stabilen Demokratie und lebhaften, diskussionsfreudigen offenen Gesellschaft ist doch angezeigt. Und meine Geschichtsstudenten, denen bei Reuters Worten schaudert – bei Theodor Heuss wäre es nicht anders! –, bewegen sich selbstverständlich in einer Welt der Freiheit, in der sie nationale Grenzen mit Leichtigkeit überschreiten und für sich ein Leben in Freiheit zu entwerfen versuchen. Dieser Entwurf eines Lebens in Freiheit ist ja nicht deshalb leichter geworden, weil die Unfreiheit – sei es als Realität in Leipzig oder als Schreckbild in Hannover – entfallen ist, im Gegenteil: Die Herausforderung besteht gerade darin, Freiheit unter den Bedingungen der Freiheit zu gestalten. Und da ist der pathetische Bezug auf die „große Freiheit“, wie wir zugeben und lernen müssen, nicht immer hilfreich.

Die Herausforderung besteht gerade darin, Freiheit unter den Bedingungen der Freiheit zu gestalten.

Wenn also Freiheit nicht immer die „große Freiheit“ ist, die Freiheit vor Unterdrückung, die Freiheit gegenüber dem repressiven, gar diktatorischen Staat – was ist sie dann? Wenn wir unterstellen dürfen, dass die Skepsis gegenüber dem Pathos der Freiheit nicht mit einer Geringschätzung von Freiheit einhergeht – welche Freiheit wird dann geschätzt, begehrt, vielleicht auch vermisst? Ich will drei Dimensionen anreißen, die mir für Alltagsverständnis und Lebenspraxis der Freiheit gegenwärtig wichtig zu sein scheinen, und die unsere aktuellen Freiheitsdebatten prägen. Ein Anspruch auf vollständige Erfassung, auf ein komplettes Panorama der postheroischen Freiheit wird damit nicht erhoben. Es kommt eher darauf an, in den Beispielen bestimmte Grundkonstellationen, nicht zuletzt auch Ambivalenzen der modernen Freiheit, zu erkennen.

Erstens: Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Freiheit der persönlichen Lebensführung an die erste Stelle rückt. Fragt man unbefangen nach der Freiheit in einer offenen Gesellschaft, so werden die meisten Menschen zuerst von der Möglichkeit sprechen, das eigene Leben ohne fremde Zwänge zu entwerfen und praktisch zu gestalten. Freiheit ist die Chance, seine individuellen Chancen, Wünsche und Ziele jedenfalls prinzipiell umsetzen zu können; die Vorstellung des Selbst mit dem gelebten Selbst möglichst zur Deckung zu bringen. Seit den 70er-Jahren ist dafür der Begriff der „Selbstverwirklichung“ gebräuchlich geworden, der seinen Ursprung in postmateriellen Protestmilieus hatte, aber immer mehr in die Mitte der

Gesellschaft vorgedrungen ist. In mancher Hinsicht ist die Selbstverwirklichung an die Stelle der Emanzipation getreten – wer gebraucht heute noch diesen Begriff, der für den klassischen, individualistischen Freiheitsdiskurs einst zentral war? – Denken wir nur an die Sklaverei und, natürlich, an die Frauenbewegung. Befreiung aus Abhängigkeiten, aus Herrschaftsverhältnissen, die sich mit der Würde des Menschen und seinen Befähigungen nicht rechtfertigen lassen; Hinaustreten auf eine Bühne des Lebens, auf der man sein eigener Schauspieler und Regisseur zugleich sein kann: Darauf zielte über 200 Jahre die Emanzipation und zielt heute, nach der Auflösung der meisten formalen Abhängigkeitsverhältnisse, die Selbstverwirklichung. Dieses „laissez faire des eigenen Lebens“ richtet sich in weit größerem Umfang, als das früher der Fall war, auf den Raum der privaten Lebensführung, auf die Entscheidung über Bindungen und Beziehungen, auf die Gestaltung des Lebens mit Familie und Freunden. Lebensmodelle und Lebensläufe haben ihren normierten Charakter verloren; sie haben sich, wie die Soziologen sagen, „entstandardisiert“; die „Multioptionengesellschaft“ ist zuallererst eine Gesellschaft der privaten Vervielfältigung von Möglichkeiten.

Freiheit ist die Chance, seine individuellen Chancen, Wünsche und Ziele jedenfalls prinzipiell umsetzen zu können (...)

Man kann sehr kritisch auf diese neue Freiheit blicken. Die Vielfalt der Optionen wird unter den Bedingungen moderner Gesellschaften oft weniger eindeutig als Befreiung empfunden als ursprünglich erwartet und verheißen. Sich nicht nur aus Abhängigkeiten, sondern auch aus standardisierten Spuren herauszubeben – die breiten Wanderwege zu verlassen und sich irgendwo, irgendwie durch den Wald zu schlagen – das bedeutet auch Risiko, Unsicherheit, und den Zwang zu Entscheidungen, die früher nicht ausdrücklich oder nicht auf individuelle Verantwortung getroffen werden mussten. Insofern bedarf auch diese neue Freiheit, ganz klassisch, der Mündigkeit und der Verantwortung. Bedenkenswert ist sodann die radikale Konsequenz einer Individualisierung der Lebensführung, die im Gefolge dieses Modells scheinbar unausweichlich geworden ist. Dass man das Individuum, vor allen sozialen Beziehungen, jemals so konsequent zum Kriterium eines Lebens in Freiheit machen könnte, hätten sich die entschiedensten Vordenker eines liberalen Individualismus vor zwei- oder dreihundert Jahren nicht träumen lassen. Damit gewinnt der Individualismus auch für Liberale eine Ambivalenz, die er in der klassischen Theorie noch nicht haben musste. Kann eine Gesellschaft frei sein, wenn jeder seines Glückes Schmied ist und seine Freiheit möglichst unabhängig von anderen sucht? Wo schlägt die Freiheit der Selbstverwirklichung in eine bloß noch hedonistische Freiheit (oder Pseudo-Freiheit) um?

Schließlich: die Verlagerung des Freiheitsstrebens in die Privatsphäre kann zu einer Auszehrung des öffentlichen Raums der Freiheit führen. Damit muss noch nicht einmal die politische Freiheit im engeren Sinne gemeint sein, wie sie als aktive und republikanische Freiheit, als „positive Freiheit“ bei Isaiah Berlin und vielen anderen beschrieben worden ist. Die Grenze droht bereits früher gezogen zu werden: da, wo Freiheit sich in gesellschaftlichen Institutionen artikuliert, in der „freien Assoziation“ von Menschen, im Zusammenschluss – sei es aus Neigungen, sei es zur Verfolgung gemeinsamer Interessen. Die Freiheit der Selbstverwirklichung ist eine sympathisch unpathetische Freiheit. Aber sie droht auch, in einem Privatissimum der Freiheit stecken zu bleiben. Die Entpolitisierung der Freiheit ist dann nur noch der nächste Schritt.

Kann eine Gesellschaft frei sein, wenn jeder seines Glückes Schmied ist und seine Freiheit möglichst unabhängig von anderen sucht?

Es gibt Indizien dafür, dass in dieser Hinsicht die prinzipielle Unterscheidung zwischen dem, was wir im 20. Jahrhundert unter Demokratie und Diktatur, unter freier und unfreier Gesellschaft verstanden, diffuser wird. Wenn die politische Freiheit nicht mehr so wichtig ist, und stattdessen die Freiheiten des Konsums, der Reise und der Mobilität, des materiellen Lebensgenusses höher geschätzt werden,



Atrium des Allianz Stiftungsforums am Pariser Platz

dann ist die Volksrepublik China ganz entschieden auf dem Weg zu einer freien Gesellschaft. Sind die westlichen Gesellschaften, von einem anderen Ausgangspunkt, auf demselben Weg? Vor einem halben Jahrhundert gab es die Theorie einer Konvergenz von westlichem und sowjetischem System auf der Spur zunehmend ähnlicher technisch-bürokratischer Imperative. Die Wahrscheinlichkeit einer Konvergenz des westlichen und des chinesischen Modells auf der Grundlage eines konsumistischen Libertarismus (der kein Liberalismus ist!) heute ist mindestens ebenso groß. Aber noch einmal: Das ist kein Grund für einen reflexhaften Rückfall in das alte Pathos der Freiheit mit erhobenem Zeigefinger. Denn die individuelle Selbstverwirklichung gehört zur Grundausstattung des Liberalismus dazu, so wie sie etwa in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 formuliert ist: als „life, liberty, and the pursuit of happiness“. Man darf aber diejenigen, die mit Recht auf ihrer Selbstverwirklichung, auf ihrer privaten Freiheit insistieren, auch an den nächsten Satz dieses Dokuments erinnern: Solche Lebensweise ist letztlich nur durch Regierungen gesichert, die von den Menschen eingesetzt sind und auf ihrer Zustimmung beruhen.

Zweitens: Es war schon davon die Rede, dass neue Freiheiten auch Unsicherheit produzieren können. Tatsächlich liegt ein wichtiger Ort des Kampfes um die Freiheit gegenwärtig auf dem unsicheren Gelände der modernen Lebensverhältnisse, der wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen der letzten zwei bis drei Jahrzehnte. Es sind also nicht so sehr die privaten Optionen, deren Vielfalt und Unbeständigkeit den meisten Menschen ein Gefühl der bedrohten Freiheit vermittelt: die Unsicherheit einer Ehe, die wieder auseinandergeht, oder die Entscheidung für oder gegen Kinder. Das Gefühl des Freiheitsverlustes hat sich ausgerechnet dort eingestellt, wo nach der klassischen liberalen Theorie eine – gewiss nie die einzige – Quelle der Freiheit sprudelt: am Markt. Wird der Markt von den meisten Menschen noch als ein Ort der Freiheit und der Chancen wahrgenommen? Man muss es, schon demoskopisch, bezweifeln. Und tatsächlich hat sich die Marktgesellschaft seit den 1980er-Jahren so verändert, dass für viele ein rauerer Wind spürbar ist. Der große Nachkriegsboom der späten 40er- bis späten 70er-Jahre ist unwiderruflich vorbei. Aus den vergleichsweise isolierten nationalen Ökonomien sind Räder im Getriebe der Globalisierung geworden, und anderswo auf der Welt – von China war gerade schon die Rede – löst der Markt jetzt so die Versprechen von Wachstum, Wohlstand und sozialem Aufstieg ein, wie er es bei uns nicht mehr im gewohnten und erwarteten Maße tut.

In den frühen Jahrzehnten der Bundesrepublik gewann die Marktwirtschaft vielleicht sogar weniger deshalb so schnellen und breiten Zuspruch, weil sie ein Versprechen auf Freiheit gab – sicher auch das. Wichtiger war aber die Erfahrung

des individuellen und familiären sozialen Fortkommens, der Sicherheit in der sozialstaatlichen Abfederung des Marktes und der Gleichmacherfunktion des Marktes: Über einen längeren Zeitraum trieb die freiheitliche Wirtschaftsordnung die Menschen „oben“ und „unten“ nicht auseinander, sondern führte sie ein ganzes Stück weit zusammen. Seit einiger Zeit aber beobachten wir ein Blockieren des Aufstiegs und ein Auseinanderfallen der Chancen und Lebensverhältnisse im oberen und unteren Teil unserer Gesellschaft.

Seit einiger Zeit aber beobachten wir ein Blockieren des Aufstiegs und ein Auseinanderfallen der Chancen und Lebensverhältnisse im oberen und unteren Teil unserer Gesellschaft.

Wer das Problem der Freiheit in der konkreten Erfahrung der Menschen ernst nehmen will, der wird diesen sozialökonomischen Veränderungen, und den sie begleitenden Erfahrungen und Ängsten, nicht mit einer bloßen Bekräftigung der Marktfreiheit begegnen können oder dem Hinweis darauf, die Schwierigkeiten resultierten gerade aus Unvollkommenheiten oder Einschränkungen eines erst noch zu befreienden Marktes. Das heißt nicht, dass man vorschnellen, oft auch naiven Erwartungen über eine Lösung wirtschaftlicher Strukturprobleme und individueller Lebensrisiken gegen den Markt Raum geben müsste. Aber auch und gerade Liberale muss es umtreiben, wenn ein erheblicher Teil unserer Bevölkerung einen Verlust an Freiheit erfährt, der zugleich – und dieser Zusammenhang ist dem Liberalismus ja gut vertraut! – als ein elementarer Verlust von individueller Würde verspürt wird. Dass die „Hartz“-Gesetzgebung, insbesondere die Neuregelung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nach „Hartz IV“ seit fünf Jahren, solche Wirkungen hat, werden auch diejenigen nicht mehr bestreiten, die diese Schritte ökonomisch und sozialpolitisch prinzipiell für richtig halten.

Also haben wir es mit einem zunehmenden Auseinandertreten von „objektiver“ und „subjektiver“ Freiheit zu tun? Passen unsere großen Strukturen der Freiheit – die parlamentarische Demokratie, die soziale Marktwirtschaft – und die Freiheitserfahrungen eines wachsenden Teils der Bevölkerung nicht mehr zueinander? Diese Diagnose kann man in der Tat stellen, und es wäre lohnend und dringend notwendig, ihr gründlicher nachzugehen. Aber in jedem Fall gilt: Die subjektiven Erfahrungen der Menschen lassen sich nicht einfach widerlegen oder umkrepeln, indem man ihnen die objektiven Verhältnisse umso lauter entgegenhält. Und vor allem besitzen diese Erfahrungen ihren Realitätsgehalt: Sie spiegeln eine veränderte Wirklichkeit von verschwundenen Chancen am Arbeitsmarkt, von blockierten Wegen des sozialen Aufstiegs, von fehlendem Zugang zu höherer Bildung, von kultureller und sozialer Isolation. Deshalb gehören Freiheit und Chancen unauflöslich, und heute mehr denn je, zusammen. Lebenschancen, das sind, wie Ralf Dahrendorf schon in den 70er-Jahren formulierte, „Dimensionen der Freiheit in Gesellschaft“. Also nicht

nur der Freiheit des Einzelnen, sondern der Freiheit in sozialen Zusammenhängen. Das heißt zugleich: Eine freie Gesellschaft muss sich auch daran messen lassen, dass sie Lebenschancen bereithält. Dass eine sozialstaatliche Versorgung alleine diesen Ansprüchen nicht genügt, wissen wir erst recht seit „Hartz IV“, und deshalb mag seine Weiterentwicklung in ein „Bürgergeld“ sinnvoll sein, wird aber das Problem der Würde und der Freiheit und der Lebenschancen nicht lösen können.

Eine freie Gesellschaft muss sich auch daran messen lassen, dass sie Lebenschancen bereithält.

Schließlich drittens – aber ich fasse mich jetzt kürzer: Als Schauplatz der neuen Kämpfe um Freiheit dürfen in einer Zeit der beispiellosen technologischen und kommunikativen Umwälzung der Computer, das Internet, die digitalen Medien nicht vergessen werden. Nicht nur aus technischer Sicht fordern sie das Selbstverständnis der klassischen Freiheit, die mit ihren Flugschriften, ihren liberalen Pamphleten, ihren geschriebenen und gedruckten Verfassungen eine Freiheit des Gutenberg-Zeitalters war, heraus. Sie werden auch von immer mehr Menschen, und natürlich zumal von den nachwachsenden Generationen, als ein zentraler Raum der alltäglichen Freiheit erfahren.

Das ist zunächst eine Freiheit der grenzenlosen Kommunikation, eine elementare Freiheit im Aufbau sozialer Beziehungen, die sich über alle bisherigen Grenzen der Sprache, der Nationalitäten, des Raumes hinwegsetzt. Es ist auch eine Freiheit der Selbstverwirklichung, die mit technologischen Mitteln die eigene Identität verändert oder auf einer „virtuellen“ und doch sehr realen Ebene neu zu erschaffen vermag. Es ist nicht zuletzt der Anspruch auf eine Freiheit des Sagens, Tuns und Verfügens, der im Internet einen Raum der vollkommenen, fast schon im klassischen Sinne idealen Freiheit zu erschaffen sucht, die den Freiheitsgefährdungen und Freiheitszumutungen der herkömmlichen Welt entkommen möchte. Wie eng diese Verbindung ist: Die Anklage an eine als unfrei, jedenfalls einschnürend empfundene Gesellschaft einerseits, die Erwartung einer vollkommenen Freiheit in der digitalen Welt andererseits, davon legt die neue Partei der „Piraten“ ein eindrucksvolles Zeugnis ab. Sie ist der politische Ausdruck neuer Erfahrungen der Freiheit, die in den älteren Rastern nicht aufgehen. Sie ist der politische Ausdruck einer neuartigen libertären Gesinnung vor allem in der jüngeren Generation. Auch diese Erfahrungen muss der Liberalismus mehr als bisher ernst nehmen und sich mit ihnen auseinandersetzen – nicht, um ihnen um jeden Preis hinterherzulaufen, sondern um Überlappung und Differenz von „Libertarismus“ und „Liberalismus“ auszuloten.

Was heißt das? Die Debatte um Freiheit oder Zensur des Internets ist ein wichtiges Beispiel dafür. Das Internet erinnert in wunderbarer Weise an die zentrale Bedeutung der Meinungs- und Pressefreiheit – die Augen klassischer Liberaler des

18. oder 19. Jahrhunderts würden leuchten, könnten sie das erleben. Wenn wir nach langer Gewöhnung vergessen hatten, worin Meinungsfreiheit besteht, können wir das jetzt wieder lernen und Kindern erklären. Aber dieser Lernprozess sollte auch die Erinnerung daran einschließen, was Meinungs-, Gesinnungs-, Gewissensfreiheit, auch die damit eng verwandte Religionsfreiheit im Kern bedeutet hat und vielleicht immer noch bedeutet: ein Recht zur Kritik der Herrschenden, zur freien Äußerung von politischen, gesellschaftlichen und religiösen Überzeugungen im weitesten Sinne. Wo diese Rechte beschnitten werden, da droht der Freiheit Gefahr; wo dies in staatlichem Vollzug oder Auftrag geschieht, da herrscht Zensur.

Dieser politische Kern der Meinungsfreiheit aber wird von denen verfehlt, die in jeder staatlichen Aufsicht über das Internet, zum Beispiel in der Verfolgung von Straftatbeständen, „Zensur“ wittern. Das Internet ist kein Paralleluniversum der grenzenlosen Freiheit, die sich Einzelne gegen andere oder gegen die ganze Gesellschaft herausnehmen können. Eine wehrhafte Demokratie darf sich gegen ihre Feinde aktiv zur Wehr setzen. Eine freiheitliche Gesellschaft darf ihre Grundwerte der Zivilität, der Gewaltlosigkeit, der Menschenwürde verteidigen gegen die Ansprüche von Einzelnen, alles tun und lassen zu können, auch wenn es auf Kosten anderer geht. Wer wollte bestreiten, dass Freiheit „die Freiheit des Andersdenken-



Prof. Dr. Monika Wienfort, Dr. Irmgard Schwaetzer, Jörg van Essen MdB, Axel Hoffmann (v. r. n. l.)

den" ist? Das ist ein urliberaler Grundsatz, der Jahrhunderte weit in der Geschichte von religiösem und politischem Dissens in der Frühen Neuzeit wurzelt. Sie ist aber nicht weniger auch: die Freiheit des anderen.

III. Freiheit in der Bürgergesellschaft

Damit bin ich beim dritten und abschließenden Teil meines Vortrags angekommen und verspreche, Ihnen nicht mehr allzu lange Ihre Bewegungsfreiheit zu nehmen. Worauf die Überlegungen in den beiden ersten Teilen hinauslaufen, werden Sie ohnehin schon erkannt haben. Unser Reden von der Freiheit allein in der „großen Erzählung“ von „der“ Freiheit, von ihrer allmählichen Durchsetzung, ihren bitteren Rückschlägen und ihrer heutigen Verteidigung zu verankern, so hatten wir gesagt, ist schwierig geworden. Mit ihm schwindet auch die Überzeugungskraft der Vorstellung, der Kompass der Freiheit sei in erster Linie am Staat auszurichten – einerlei, ob sich die magnetischen Pole dabei anziehen oder abstoßen. Die heroische Vorstellung von der „großen Freiheit“, die gegen die Versuchungen des Leviathan verteidigt werden muss, hat in weiten Teilen der Bevölkerung ihre alltagspraktische Bedeutung verloren. Das heißt nicht, dass Freiheit weniger wichtig geworden ist – sie wird aber anders buchstabiert; sie wird in konkreten Lebenszusammenhängen anders erfahren als früher. Ja, man kann sagen, die Freiheit ist in einen anderen Aggregatzustand übergegangen.

Sollte uns das überraschen, da sich wirtschaftliche, gesellschaftliche, technologische Bedingungen allein in den letzten drei Jahrzehnten so grundlegend gewandelt haben? Auf diese Veränderungen, so war meine These, haben wir noch längst nicht genügend reagiert. Das gilt für die Wissenschaft, aber auch für den politischen Diskurs und nicht zuletzt für den politischen Liberalismus. Wir sollten aber nicht mit fliegenden Fahnen zu jedem neuen Verständnis von Freiheit übergehen, das als Erfahrung oder Bedürfnis irgendwo in der Gesellschaft artikuliert wird. Die aktuellen Befindlichkeiten der Freiheit neigen dazu, einem individualistischen, auf die private Selbstverwirklichung, auf die Inanspruchnahme von „meinen“ Rechten gegründeten Verständnis sehr breiten Raum zu geben. Man könnte auch sagen: Sie bevorzugen einen „konsumistischen“ Begriff von Freiheit. Er orientiert sich weniger als die klassische Freiheit an dem Verhältnis zum Staat – der aber als Garant der Freiheit durch sozialstaatliche Leistungen unverzichtbar bleibt. Er geht aber auch nicht von einem gesellschaftlichen Zusammenhang aus, in dem sich die Freiheit, in welchem Verhältnis zum Staat auch immer, konstituiert.

Knüpft man diese beiden Fäden zusammen, dann liegt es nahe, einen zeitgemäßen Entwurf der Freiheit nicht im Staat und nicht im Individuum, sondern in der

Bürgergesellschaft zu verankern. Damit wird an die grundlegende Tatsache erinnert, dass Freiheit, die etwas anderes ist als radikale Ungebundenheit, nur in sozialen Zusammenhängen möglich ist. Niemand vermag für sich alleine frei zu sein. Die bürgerliche Gesellschaft steht deshalb, auch historisch gesehen, genauso am Anfang des Liberalismus und des modernen Freiheitsdenkens wie das Individuum. In den klassischen Naturrechtsvorstellungen, in den Gründungsmythen der freien Gesellschaft ziehen die Menschen ja nicht wie einsame Wölfe durch die Wälder, sondern sie versammeln sich, sie reden miteinander, sie schließen Verträge – und sie begrenzen damit jenes radikale Einzelgängertum, das keine Sicherheit und auch keine Freiheit bietet. Sie handeln gemeinsam politisch ebenso wie ökonomisch: indem sie eine Regierung einsetzen, die von ihrem Willen getragen und durch ihn auch wieder abberufen werden kann, und indem sie Handel treiben, Geschäfte machen, also einen Markt konstituieren, der weniger als eine Summe von Individuen zu verstehen ist denn als ein dichtes Geflecht von sozialen Beziehungen und von Vertrauen, das die Anschlussfähigkeit in die Zukunft herstellt: denn auch morgen möchte man wieder ein faires Geschäft machen.

Niemand vermag
für sich alleine
frei zu sein.

Einen dritten Bereich müsste man ergänzen, der in unserem heutigen Verständnis der Bürgergesellschaft immer wichtiger geworden ist – das ist der Bereich der freien gesellschaftlichen Assoziation, der Zusammenschlüsse zu allen nur denkbaren Zwecken außerhalb von Markt und politischer Herrschaft: Vereine, Verbände, Religionsgemeinschaften. Wir würden mit Recht die Vorstellung zurückweisen, in der Bindung an solche Institutionen der Bürgergesellschaft liege eine Einschränkung unserer Freiheit, selbst wenn sie uns manche Pflichten auferlegen. Sie sind vielmehr selber Ausdruck der Freiheit – nicht nur, weil wir ihnen in freier Entscheidung beitreten und sie wieder verlassen können; nicht nur, weil der Pluralismus dieser Institutionen die Freiheit der Gesellschaft verbürgt, sondern auch, weil und indem wir in ihnen mit anderen und für andere handeln. Eine Gesellschaft, in der jeder nur seine eigenen Zwecke verfolgt, könnte schlecht eine freie Gesellschaft genannt werden.

Der Begriff der Bürgergesellschaft – man kann auch von der „bürgerlichen Gesellschaft“ sprechen, wieder andere bevorzugen die „Zivilgesellschaft“ – hat in den letzten Jahren viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen, aber auch Zweifel und Verdächtigungen. Das ist eine längere Geschichte, der hier nicht mehr nachgegangen werden kann. Aber so viel sei doch erinnert: Das Interesse an der Bürgergesellschaft ist nicht zuletzt Ausdruck von tiefen gesellschaftlichen Veränderungen, die mit unserer Analyse des Freiheitsbegriffes eng korrespondieren. Der eine Impuls lautete nämlich: Lasst uns nicht immer alles vom Staat aus, auf den Staat hin

denken! Er erfasste die westlichen Gesellschaften, auch die Bundesrepublik, seit den 70er-Jahren ebenso wie die ostmitteleuropäischen, in denen Intellektuelle und Kirchenleute nach einer Alternative zum übermächtigen, unfrei machenden Staat suchten. – Das andere Motiv lag in dem massiven Schub der sozialen und kulturellen Individualisierung, der seit etwa derselben Zeit viel „Emanzipation“ im eben beschriebenen Sinne ermöglichte, aber auch soziale Bindungen, formeller und informeller Art, brüchig werden ließ.

Nicht jedem gefällt der Rückgriff auf die Bürgergesellschaft. Klassische Konservative sehen in ihm ein romantisches Konzept zur Verklärung sozialer Protestbewegungen, schlimmstenfalls einen Angriff auf die Souveränität des Staates. Von links gesehen ist die Bürgergesellschaft ein neoliberaler Tarnbegriff, der Angriffe auf den Staat, vor allem auf die Leistungen des Sozialstaates, verschleiern und die Entsorgung des Staates rechtfertigen soll. Liberale fühlen sich höchstens gelegentlich etwas unbehaglich, weil sie in der Betonung des sozialen Zusammenhalts einen Angriff auf die Freiheit des Individuums vermuten könnten, oder in den Aktivitäten der Bürgergesellschaft, etwa im ehrenamtlichen Engagement, eine gefährliche Ablenkung von marktförmigem Handeln befürchten.



Dr. Rolf Berndt, Rainer Brüderle, Bundeswirtschaftsminister, Dr. Hermann Otto Solms MdB (v. l. n. r.)

Ich glaube nicht, dass diese Befürchtungen gerechtfertigt sind – die konservativen und die linken nicht, und erst recht nicht die liberalen. Denn gerade für eine zeitgemäße Reformulierung des Liberalismus, die ohne ein Weiterdenken des Freiheitsbegriffes gar nicht vorstellbar ist, kann die Bürgergesellschaft einen wichtigen Ausgangspunkt bieten. Vor drei Jahren hat Udo Di Fabio in der ersten Berliner Rede zur Freiheit zwei grundlegende Bedingungen der individuellen Freiheit formuliert: Zu ihr gehören nämlich einerseits „feste Regelsysteme für aufeinander abgestimmtes Verhalten“ – den freien Markt, die Demokratie, den Rechtsstaat nennt Di Fabio dabei. Die zweite Bedingung aber sei die „Existenz von Gemeinschaften“, die den Menschen vor allen zweckrationalen Regelsystemen stärken und erst „zur Freiheit befähigen“ – wie Ehe, Familie und Freundschaft, Glaubensgemeinschaften und Idealvereine. Ich selber würde den Kreis dieser Gemeinschaften noch weiter ziehen und sie auf die von Di Fabio genannten Solidargemeinschaften nicht beschränken. Freiheit muss sich, darin folge ich noch einmal Ralf Dahrendorf, in „Optionen“ und in „Ligaturen“ entfalten, in Chancen und in Bindungen.

Aber die Bindungen, die wir auch in modernen Gesellschaften eingehen, stehen nicht nur in keinem Widerspruch zu einer offenen und freien Gesellschaft. Sie dürfen auch nicht als die Reste und Relikte verstanden werden, als der Überrest einer älteren, dichten und „wärmeren“ Gesellschaft, an die wir uns noch so lange klammern müssen, bis auch sie endgültig verdampft sind. Vielmehr erzeugen moderne Gesellschaften diese Bindungen, diese „Ligaturen“ selber. Erst auf dem Boden der Moderne sind emotionale Bindungen, wie wir sie heute kennen, entstanden, gepflegt und verdichtet worden – in der Familie und zwischen Freunden. Erst auf dem Boden der Moderne sind auch Assoziationen, Vereine, freiwillige Zusammenschlüsse möglich geworden, zu denen zu gehören die Freiheit des Einzelnen nicht einschränkt, sondern sie als wechselseitige Freiheit bestärkt. Niemand hat, nach meinem Eindruck, diesen unauflöselichen Zusammenhang der Freiheit im Geflecht von Individualismus und sozialer Gemeinschaft bis heute besser charakterisiert als Alexis de Tocqueville in seinem Reisebericht über die „Demokratie in Amerika“ in den 1830er-Jahren. Freiheit in der Bürgergesellschaft ist, denkt man Tocqueville für unsere Zeit weiter, nicht ungehemmter Libertarismus, sondern ist gebundene Freiheit, ist Freiheit in Verantwortung. Ohne soziale Verpflichtungen, ohne den Bezug auf die Freiheit der anderen und die Freiheit in Gemeinschaft, zerfällt eine „freie“ Gesellschaft in nur je für sich selbst freie Individuen, und sie wird der Ambivalenz gegenüber dem Staat als Heil und Verderbnis zugleich nicht entkommen.

Diese sozialen Verpflichtungen der Freiheit entfalten sich auch in der Zeit, in die Zukunft hinein. Man könnte das die Frage nach der „Nachhaltigkeit“ der Freiheit nennen. Der Liberalismus hat, nach meinem Eindruck, die ökologische Herausfor-

derung noch zu wenig angenommen. Sie anzunehmen heißt nicht, auf die energie- oder sozialpolitischen Konzepte einer bestimmten Partei umzuschwenken. Es bedeutet vielmehr, den ganz grundlegenden, längst unausweichlich gewordenen Paradigmawechsel einer „Verzukünftigung“ des politischen Handelns zu reflektieren – und auf die eigenen Traditionsbestände zu beziehen. Auch das gehört ja zu

Ohne soziale Verpflichtungen, ohne den Bezug auf die Freiheit der anderen und die Freiheit in Gemeinschaft, zerfällt eine „freie“ Gesellschaft in nur je für sich selbst freie Individuen (...)

den veränderten Lebenserfahrungen der Freiheit, von denen im zweiten Teil die Rede war, für immer mehr Menschen selbstverständlich dazu: Sie stellen nicht nur die Frage danach, ob und wie unsere Demokratie auch in fünfzig oder hundert Jahren noch Bestand haben wird. Sie interessieren sich dafür, ob die nächsten Generationen grundlegende Bedingungen dafür vorfinden können, ihr Leben in Freiheit gestalten zu können. Dazu gehört mehr als das Überleben des Grundgesetzes und der parlamentarischen Institutionen. Man müsste also einen Liberalismus entwerfen, der sein Programm und seine Politik

an dem Prüfkriterium ausrichtet: „Ist mein Verhalten, sind unsere Entscheidungen heute geeignet, die Freiheit der übernächsten Generation zu befördern?“

Schließlich kann Freiheit in der Bürgergesellschaft auch eine Brücke schlagen zwischen den verschiedenen Welten der Freiheit, die wir heute abend verfolgt haben, und die, so war die Diagnose, zunehmend auseinandergetreten sind: die klassische und „große“ Freiheit einerseits, die neuen Erfahrungen und Befindlichkeiten der Freiheit andererseits. Unser Reden über Freiheit muss den Anschluss an die gesellschaftlichen Lebenswelten, an die Milieus und Erfahrungen der Menschen suchen und überprüfen, wo dieser Zusammenhang verloren gegangen ist. Auch die neuen Freiheitsgefühle, Freiheitssehnsüchte und Unfreiheitsängste in weiten Teilen der Bevölkerung müssen in der Politik vorkommen. Aber man muss dann auch sagen können: Liebe Leute, auf do-it-yourself alleine, auf dem möglichst ungestörten Basteln am eigenen Leben kann die Freiheit nicht gründen. Freiheit in der Bürgergesellschaft, das wäre insofern eine Variante der positiven, der partizipatorischen Freiheit, die aber nicht erst in der Mitwirkung an den formalen Institutionen der Demokratie ansetzt, sondern mit jedem sozialen Handeln in der Familie, in der Nachbarschaft, in der Gemeinde beginnt. In der Bürgergesellschaft kann die Freiheit also auch einen zeitgemäßen politischen Kern wiederentdecken, der vom entpolitisierten, postmodernen Privatissimum der Freiheit gleich weit entfernt ist wie von einer heroischen Emphase der Freiheit, die ihre lebenspraktischen Bezugspunkte verloren hat.

Ich bin am Schluss und fasse ganz knapp zusammen: Politik muss den Menschen die Bedeutung der Freiheit überzeugend vor Augen führen können. Die überwiegende

Mehrheit der Menschen weiß die Freiheit sehr wohl zu schätzen und hat auch ein Gespür für ihre Unteilbarkeit. Doch ein Pathos der Freiheit lässt sich heute, zumal in die jüngeren Generationen, nur noch schwer kommunizieren, denn die Anerkennung der Freiheit paart sich mit Nüchternheit und Skepsis. In dieser Stimmung der Nüchternheit und Skepsis muss Politik auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen. Sie darf die Freiheit nicht auf einem Denkmalssockel monumentalisieren, sondern muss sie als Leitfaden der Alltagspraxis erkennbar werden lassen. Das ist auch das beste Mittel einer langfristigen Stärkung des Vertrauens in die Demokratie.

In dieser Stimmung der Nüchternheit und Skepsis muss Politik auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen. Sie darf die Freiheit nicht auf einem Denkmalssockel monumentalisieren, sondern muss sie als Leitfaden der Alltagspraxis erkennbar werden lassen.

Freiheit kann nicht mehr allein die Freiheit sein, die sich aus der Abgrenzung gegen totale politische Unterdrückung definiert. Sie kann sich aber auch nicht zufriedengeben mit den Nischen und privaten Rückzugsräumen, die sich die Menschen selber bauen; weder mit dem Anspruch, alles tun zu können – auch im Internet – noch mit dem Recht, von allem unbehelligt bleiben zu dürfen. Gegen diese beiden Pole muss sich Freiheit heute als Freiheit in der Bürgergesellschaft neu entwerfen. Als solche ist sie alltägliche Freiheit – aber auch sozial gebundene Freiheit. Sie drängt sich dem Staat nicht auf, sondern ist politisch in ihrem praktischen Handeln mit anderen und für andere. Von diesem Fundament muss ein Liberalismus heute ausgehen.

Meine Damen und Herren, ich danke sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

Für Ihre Notizen

Für Ihre Notizen

Bitte ausfüllen und faxen an 03 31.70 19-1 03

Zusendung von Informationen

Vorname

Nachname

Straße

PLZ, Wohnort

Um Sie noch besser und schneller informieren zu können (auch per Telefon), bitten wir Sie auch um folgende Angaben (freiwillig):

Telefon

Telefax

E-Mail

Beruf

Geburtsjahr

Meine Daten werden zum Zweck der Veranstaltungseinladung und -organisation sowie Versendung von Informationen elektronisch gespeichert. Wenn ich keine Informationen mehr von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wünsche, wird sie dieses nach entsprechender Mitteilung durch mich beachten (§ 28 Abs. 4 BDSG).

Datum, Unterschrift

Ich interessiere mich für (bitte ankreuzen):

Themen

- | | | |
|--|---|---|
| <input type="checkbox"/> Werte und Prinzipien des Liberalismus | <input type="checkbox"/> Bildungspolitik | <input type="checkbox"/> Europapolitik |
| <input type="checkbox"/> Kommunalpolitik, Bürgergesellschaft, Föderalismus | <input type="checkbox"/> Rechtsstaat und Bürgerrechte | <input type="checkbox"/> Berlin – Hauptstadt und Regierungssitz |
| <input type="checkbox"/> Wissenschaft und Forschung | <input type="checkbox"/> Menschenrechte und Minderheiten | <input type="checkbox"/> Länderkundliche Veranstaltungen |
| <input type="checkbox"/> Wirtschaft und Arbeit | <input type="checkbox"/> Internationale Politik | <input type="checkbox"/> Medienpolitik |
| <input type="checkbox"/> Finanz- und Steuerpolitik | <input type="checkbox"/> Globalisierung und Entwicklung | <input type="checkbox"/> Kunst und Kultur |
| <input type="checkbox"/> Umweltpolitik | <input type="checkbox"/> Friedens- und Sicherheitspolitik | <input type="checkbox"/> Seniorenpolitik |
| <input type="checkbox"/> Verkehrspolitik | | <input type="checkbox"/> Gesundheit und Soziales |

Politische Fertigkeiten und methodisches Know-how

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Strategisches Planen | <input type="checkbox"/> Presse- und Kommunikation |
| <input type="checkbox"/> Rhetorik Grundlagen | <input type="checkbox"/> Internet und Multimedia |
| <input type="checkbox"/> Rhetorik Aufbau | <input type="checkbox"/> Politisches Management |
| <input type="checkbox"/> Diskussionstraining | |
| <input type="checkbox"/> Moderation und Präsentation | |

Virtuelle Akademie

- | |
|--|
| <input type="checkbox"/> Online-Seminare |
| <input type="checkbox"/> Newsletter |

Publikationen

- | |
|---|
| <input type="checkbox"/> Jahresbericht |
| <input type="checkbox"/> Programm-Magazin |



Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen:
Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
Spendenkonto: 266 9661 04
Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.
www.spenden.freiheit.org

